

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 403 bis 404 einfügen:

vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden.

Voraussetzung für eine selbstbestimmte reproduktive Gesundheitsversorgung ist, dass geeignete Verhütungsmittel kostenfrei und Teil des GKV-Leistungskatalogs sind. Dafür setzen wir uns ein, damit Selbstbestimmung nicht vom Geldbeutel abhängt.

Begründung

S. Beschluss auf der letzten BDK: [Es ist an der Zeit: Selbstbestimmung gesetzlich verankern](#)

Verhütung darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängen. Es gibt in einigen Kommunen Fonds, doch auch vom Wohnort sollte eine selbstbestimmte, sichere und gesunde Verhütung nicht abhängen. Die Voraussetzungen für die Kostenübernahme sind hier außerdem nicht einheitlich, und teilweise absurd (bspw. schon vorhandene Kinder oder Abbrüche).

weitere Antragsteller*innen

Vincent Lohmann (KV Krefeld); Jens Frantzen (KV Düsseldorf); Anja Boenke (KV Leverkusen); Katharina Foreman (KV Münster); Dominic Brauner (KV Münster); Liliane Viola Pollmann (KV Wuppertal); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Pia Troßbach (KV Frankfurt); Karsten Finke (KV Bochum); Julia Woller (KV Köln); Heike Marré (KV Düren); Jessica Preker (KV Düsseldorf); Martine Richli (KV Düsseldorf); Antje Westhues (KV Bochum); Daniela Hilgers (KV Köln); Martin Lüdders (KV Bochum); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Christian Dortschy (KV Düsseldorf); Laura Schäfers (KV Düsseldorf); sowie 69 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.